

Antrag an die Vertreterversammlung der KV Hamburg 11.4.2013

Die Vertreterversammlung der KV Hamburg möge beschließen:

EBM 2013 in der geplanten Form nicht einführen

Die Vertreterversammlung der KV-HH fordert den Vorstand der KBV und die Delegierten der KBV-Vertreterversammlung auf, den bisherigen Weg der Planungen für einen neuen EBM 2013 auf der jetzigen Grundlage zu verlassen und eine tatsächliche transparente Eurogebührenordnung mit festen und angemessenen Preisen zu entwickeln. Neue Umverteilungen, Bürokratie-Belastungen und ein erhöhter Arbeitsaufwand der Praxen für die im Wesentlichen gleich bleibende budgetierte Gesamtvergütung werden abgelehnt.

Begründung: erfolgt mündlich.

Hamburg, 10.4.2013

Dr. Silke Lüder, Kim Lieschke, Dr. Werner Surup, Dr. Gerd Lampe

Ihre Ansprechpartner:
Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

Jochen Kriens
Tel. 040 / 22 802-534

www.kvhh.de

Resolution der Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg

Ihre Ansprechpartner:
Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

Jochen Kriens
Tel. 040 / 22 802-534

www.kvhh.de

Die Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg bedauert das Scheitern der Honorarverhandlungen für das Jahr 2013. Die Krankenkassen in Hamburg entziehen sich ihrer Verantwortung für die Sicherstellung einer ausreichenden ambulanten medizinischen Versorgung der Bevölkerung, wenn sie notwendige strukturelle Reformen nur aus prinzipiellen Gründen ablehnen. Auch kann es nicht hingenommen werden, dass die haus- und fachärztliche Basisversorgung nicht ausreichend finanziert werden soll. Dies gilt in gleichem Maße für die Honorierung psychotherapeutischer Leistungen.

Die VV verweist darauf, dass die Honorare der niedergelassenen Ärzte in Hamburg im Bundesvergleich seit Jahren kontinuierlich an Boden verlieren. Mit den von den Kassen bereit gestellten Mitteln können die Ärzte die in Hamburg aufgebaute und angebotene Versorgung nicht mehr aufrechterhalten; beispielhaft sei die Betreuung von Krebspatienten genannt. Bislang konnten sich die Krankenkassen hinter Bundesbeschlüssen verstecken, die Hamburg benachteiligt haben, die aber nicht verändert werden durften. Jetzt sind sie wieder selbst in der Pflicht, haben bislang aber nur unter Beweis gestellt, dass sie dieser Verantwortung nicht gerecht werden wollen.

Die VV hofft auf ein zügiges Verfahren vor dem Schiedsamt und darauf, dass das hohe Niveau der Versorgung in Hamburg erhalten bleiben kann. Sie unterstützt aber auch die Position des Vorstandes, jederzeit zu Gesprächen mit den Krankenkassen bereit zu sein, wenn diese ein spürbar verbessertes Angebot auf den Tisch legen.

Hamburg, 11. April 2013